

40
**Arbeitsgemeinschaft
der Direktoren
der deutschen Wirtschaftsgymnasien
und anderer Unterrichtsanstalten
mit wirtschaftswissenschaftlichem Zweig**
JAHRE

Chronik
vorgelegt von
OSTD a. D. Dipl. Hdl. Lothar Surkau
Gießen, im April 1995

Zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft

Initiator und Gründer der Arbeitsgemeinschaft war der 1993 verstorbene ehemalige Leiter der Handelslehranstalt und Wirtschaftsoberschule in Flensburg, Herr OStD Walter Klatt.

Vorrangig war das Ziel, sich gemeinsam auf Bundesebene um die Entwicklung der neuen Schulform „Wirtschaftsoberschule“ zu bemühen.

1951 begann Kollege Klatt mit einer bundesweiten Bestandsaufnahme. Er wandte sich an die Kultusministerien aller damaligen Bundesländer und bat um die Anschriften der bestehenden Wirtschaftsoberschulen und deren Leiter/innen. Das war zunächst gar nicht so einfach. Mit Hinweis auf die Kulturautonomie der Länder verweigerten einige Ministerien die Herausgabe der Anschriften und untersagten sogar ihren Schulleitern, die versandten Fragebogen auszufüllen und zurückzusenden. Dennoch bekam Kollege Klatt einen vorläufigen Überblick und veröffentlichte das Ergebnis seiner Recherchen in „WIRTSCHAFT & ERZIEHUNG“, Heft 4/1952.

Danach gab es damals bundesweit 30 Wirtschaftsoberschulen, von denen sich zahlreiche erst im Aufbau befanden. Insgesamt herrschte die dreistufige Form vor, wenngleich in Bayern die grundständige neunstufige Form und in badischen

Schulen die sechsstufige Form eingeführt war. So war z. B. die älteste Wirtschaftsoberschule in Freiburg (Gründung 1925) inzwischen von der dreistufigen zur sechsstufigen Form übergegangen. Es dürfte von Interesse sein, was die badische Verordnung vom 03. 09. 1951 sagte: „Die Wirtschaftsoberschule ist eine höhere Schule in Aufbauform von sechsjähriger Dauer. Aufgenommen werden Schülerinnen und Schüler, die die Schulprüfung der Volksschule bestanden haben, und Schülerinnen und Schüler höherer Lehranstalten, die mindestens die 3. Klasse erfolgreich durchlaufen haben und nicht mehr in volksschulpflichtigem Alter stehen. Das Reifezeugnis der Wirtschaftsoberschule von sechsjähriger Dauer berechtigt in gleicher Weise zum Studium an Hochschulen wie das Reifezeugnis der übrigen höheren Schulen“.

Bereits 1953 wiederholte Kollege Klatt seine Befragung, dieses Mal mit anderen Kriterien. Dabei erfaßte er bereits 40 Schulen und fragte ihre Leiter/innen, ob sie eine ständige Arbeitsgemeinschaft der Schulleiter/innen für wünschenswert halten und ihr ggf. beitreten würden. Das Echo war überwiegend positiv. 36 Schulleiter erklärten ihren Beitritt. Damit war „unsere“ AG gegründet. Kollege Klatt schrieb dazu in einem Aufsatz in „WIRTSCHAFT & ERZIEHUNG“ Heft 5/1954: „Meine Frage, ob ein Treffen aller Direktoren zu gemeinsamer Aussprache erwünscht wäre, wurde mit ganz geringen Ausnahmen bejaht und in den meisten Fällen sogar als dringend erforderlich bezeichnet“.

Die 1. Arbeitstagung fand dann allerdings erst ein Jahr später im Dezember 1954 in Göttingen statt. Gastgeber Kollege war Herr OStD Dr. Fennel. Die 39 anwesenden Kollegen/innen wählten Herrn Klatt zu ihrem Vorsitzenden. Unter den Tagungsteilnehmern befand sich auch der Gründer und damalige Heraus-

geber der Verbandszeitschrift „WIRTSCHAFT & ERZIEHUNG“, Herr Kollege OstD Anton Pfeiffer (Aachen). Ein fünfseitiges enggeschriebenes Protokoll legt Zeugnis von den vielfältigen Problemen ab, die damals diskutiert wurden. Man beschloß vor allem aber, diese Treffen nunmehr jährlich mit wechselndem Tagungsort stattfinden zu lassen.

Diese Tradition wird bis zum heutigen Tag gepflegt. Mit Ausnahme der Jahre 1956 und 1962 hat seitdem jährlich eine Arbeitstagung stattgefunden, so daß wir heute (1995) zur 40. Arbeitstagung in der Geschichte der AG zusammengekommen sind.

Die Tagungen von 1954-1995

In der beigegefügtten Übersicht sind die bisher durchgeführten Tagungen lückenlos dargestellt.

Daraus ist ersichtlich, daß Herr Kollege Klatt die Arbeitsgemeinschaft 12 Jahre lang geleitet hat, ehe er den Vorsitz mit seiner Pensionierung im Jahre 1966 an Hamburger Kollegen abgab. Zunächst war 1. Vorsitzender der 1965 in Berlin gewählte Herr Kollege Obrecht, der aber wegen Krankheit nur kurze Zeit in der Lage war, die Amtsgeschäfte auszuüben. In Vertretung übernahm Herr Kollege Halstenberg (ebenfalls Hamburg) das Amt. 1969 wurde er in Fulda auch offiziell zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er war 1. Vorsitzender bis 1975, als er sich in Hamburg nicht mehr zur Wiederwahl stellte. Die Versammlung wählte daraufhin Herrn Kollegen Percinski (ebenfalls Hamburg), der das Amt bis 1978 ausübte. Damals wurde beschlossen, daß der

Vorstand für drei Jahre gewählt wird, ehe das Amt an einen anderen Kollegen aus einem anderen Bundesland übergeht. In diesem Turnus folgten dann die Vorsitzenden Kollege Zanzinger (Baden-Württemberg), Kollege Surkau (Hessen), Kollege Schucht (Niedersachsen), Kollege Lechtenböcker (Nordrhein-Westfalen), Kollege Reichert (ebenfalls Baden-Württemberg) und schließlich gegenwärtig Kollege Fischer (wieder Hessen).

Neben den amtierenden Vorsitzenden sind die Gastgeber der jeweiligen Tagung, die Tagungsorte und die Teilnehmerzahl aufgeführt. Zur Teilnehmerzahl ist anzumerken, daß diese jeweils aus den Anwesenheitslisten übernommen wurden, wobei mitreisende Angehörige nicht berücksichtigt sind. Ebenso unberücksichtigt blieb die Trennung zwischen aktiven Kollegen und der inzwischen beachtlichen Zahl von Pensionären, die unserer Arbeitsgemeinschaft nach wie vor angehören.

Die Tagungsthemen im Wandel der Zeit

Im Laufe der Zeit haben sich die bei den Tagungen behandelten Themen erheblich verändert, d. h. die Schwerpunkte haben sich verschoben.

In den ersten Jahren waren die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft so etwas wie ein „Kampfverband“ gegen die Diskriminierung der neuen Schulform, eine Bündelung aller Kräfte im Kampf um die Anerkennung der Gleichberechtigung von allgemeiner und beruflicher Bildung. In den Protokollen kann man nachlesen, wie viele Resolutionen, Eingaben und Stellungnah-

men an die Kultusministerien, die KMK und andere Institutionen verschickt wurden.

Widerstand gegen die neue Schulform kam vor allem von den Philologen, insbesondere von der gymnasialen Schulaufsicht, die in den Wirtschaftsoberschulen unliebsame Konkurrenten auf dem Weg zur Hochschulreife sahen. Daneben gab es Vorurteile und Vorbehalte auch aus Kreisen, bei denen man ein anderes Interesse vermutet hätte: Wirtschaftsverbände, DIHT und einzelne Kammern, aber auch der Verband Deutscher Dipl.-Hdl. und einzelne Kollegen. Der Verfasser selbst hat als junger Lehrer 1955 die Vorbehalte zu spüren bekommen, als er von einer Berufsschule - zunächst mit halber Stundenzahl - an die WO in Frankfurt am Main versetzt wurde. Jedes Mal, wenn er in das „alte“ Lehrerzimmer der Berufsschule zurückkehrte, wurde er mit gehässigen Bemerkungen über die „besseren Herren von der WO“ empfangen. Hier war wohl weniger eine Aversion gegen die Schulform, als vielmehr die bessere Besoldung die Ursache.

In dem damals sehr bekannten Buch „Über die Dummheit“ von Prof. Dr. Geyer, konnte man 1958 folgenden Absatz lesen: „Wer für das Gymnasium zu dumm ist, der bleibe auf den sogenannten Höheren Schulen (Haushaltsabitur, Wirtschaftsabitur); er rechne sich auch getrost zu den Gebildeten. Ob er dazu gehört, entscheidet er allerdings nicht selbst.“ Auf massiven Einspruch der Arbeitsgemeinschaft haben seinerzeit Autor und Verlag die Zusage gegeben, daß der zitierte Passus in künftigen Auflagen ersatzlos gestrichen wird.

Die zahlreichen Initiativen der Arbeitsgemeinschaft führten zwar nicht immer, aber immer öfter zum Erfolg und konnten so den Wirtschaftsoberschulen als Schulform einen festen Platz im bundesdeutschen Bildungswesen schaffen.

Anlaß zu kontroversen Debatten boten auch die Frage „Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife?“ oder die Umbenennung von Wirtschaftsoberschule in Wirtschaftsgymnasium und die damit verbundene Gefahr, daß die Schulform damit dem beruflichen Schulwesen entzogen und in das gymnasiale integriert wird.

Ebenfalls heiß diskutiert wurden die Fragen „Abschlußzeugnis oder Reifezeugnis?“ und „Abschlußprüfung oder Abitur?“. Hier für eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung zu sorgen, war ein dringendes Anliegen der AG. Als dann in den 60er Jahren sog. „Gymnasiale Zweige der Wirtschaftsoberschulen“ entstanden, deren Stundentafel weitgehend der von allgemeinen Gymnasien entsprach und bei denen die berufsbezogenen Inhalte auf ein Fach, nämlich WISO beschränkt waren, entbrannte die Diskussion um die Frage, ob eine Integration der Fächer VWL, BWL und RW im Fach WISO sinnvoll sei, oder ob die getrennten Fächer erhalten bleiben sollten. Diese Frage war z. B. in den Tagungen von München (1966) und Stuttgart (1967) das zentrale Thema.

1970 stellte uns Herr Kollege Krafft (Hamburg) die KMK-Beschlüsse zur Neuordnung der gymnasialen Oberstufe und damit das sog. „Kurssystem“ vor. Das System der Leistungs- und Grundkurse und das Verfahren der Berechnung der Gesamtqualifikation brachte eine Fülle neuer Probleme, die z. T. heute noch Gegenstand von Beratungen in der AG sind.

Neben diesen pädagogischen Themen beschäftigte sich die AG vor allem auch mit schulrechtlichen Fragen und war hier ebenso um eine Angleichung über die Ländergrenzen hinweg bemüht, wie bei der Vereinheitlichung der Stundentafeln.

Daneben war die jeweilige Geschäftsstelle (lange Zeit Flensburg) eine Informationszentrale für alle Fragen von WO und

WG, die besonders bei bevorstehenden Neugründungen gerne und intensiv in Anspruch genommen wurde.

Jährlich war ein Kollege oder eine Kollegin für die Organisation der jeweiligen Arbeitstagung zuständig. Diese Aufgabe wurde i. d. R. freiwillig übernommen und das beabsichtigte Tagungsprogramm mit dem jeweiligen Vorstand abgesprochen und abgestimmt. Für die anstehende Tagung wurden Referenten aus Wissenschaft und/oder Wirtschaft gewonnen oder erfahrene Kollegen mit Sonderaufgaben z. B. die Erstellung von statistischem Material oder Synopsen) beauftragt.

Im Laufe der Zeit hat es sich ergeben, daß als Tagungszeit immer die letzte volle Septemberwoche festgelegt war, um bei privaten Planungen einen fixen Termin reservieren zu können.

Schon von Anfang an gehörte oft eine „wirtschaftsgeographische Exkursion“ zum Tagungsprogramm, die im wesentlichen der Geselligkeit diene und den Kollegen/innen die Möglichkeit zum Gedankenaustausch im kleinen Kreis über Ländergrenzen hinweg bot.

Seit 1977 (Karlsruhe) ist es auch üblich, den Tagungsteilnehmern durch Betriebsbesichtigungen die Möglichkeit zu eröffnen, die betriebliche Praxis kennenzulernen.

Heute ist die Arbeitsgemeinschaft eine bewährte Organisation, die auch von der Schulaufsicht anerkannt ist. Als Beweis mag die Tatsache dienen, daß qualifizierte Schulaufsichtsbeamte der oberen und mittleren Schulaufsicht trotz unterschiedlicher Situation in den verschiedenen Bundesländern inzwischen der AG als Mitglieder angehören.

Eine wesentliche Aufgabe für die nächste Zukunft wird sein, Kollegen und Kolleginnen aus den neuen Bundesländern in unsere Arbeitsgemeinschaft zu integrieren. Dienstliche und private

Kontakte führten bereits zu neuen Mitgliedschaften; das Band wird bestimmt enger geknüpft werden, wenn 1997 die Tagung in Weimar stattfinden wird.

Auch der europäische Gedanke hat bereits seit einigen Jahren Eingang in unsere Arbeitsgemeinschaft gefunden. Kollegen aus benachbarten Staaten nehmen regelmäßig an unseren Tagungen teil.

Als Ausdruck dieser internationalen Zusammenarbeit wird die Tagung 1996 in Maastricht durchgeführt.

Länderberichte

Seit vielen Jahren ist es üblich, daß zu unseren Arbeitstagungen Länderberichte vorgelegt werden, für die je Bundesland ein Kollege/eine Kollegin verantwortlich zeichnet. Diese Berichte sollten einheitlich aufgebaut sein (s. unten), um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen. In der Tagesordnung der jeweiligen Tagung ist ein Punkt vorgesehen, an dem diese Berichte von den Länderberichterstatern erläutert und anschließend im Plenum diskutiert werden. Auf diese Weise wird gewährleistet, daß die Transparenz zwischen den Ländern optimiert wird und der dringend erforderliche Gesamtüberblick über die Situation der Wirtschaftsgymnasien bundesweit möglich ist.

Die Länderberichte orientieren sich an folgenden Faktoren:

1. Entwicklung der WG (Fachgymnasien/Berufliche Gymnasien/Wirtschaftswissenschaftliche Gymnasien etc.)

Hier sollte die exakte Bezeichnung der Schulform und die Anzahl

der jeweiligen Schulen eingetragen werden, möglichst im zeitlichen Vergleich über die letzten Jahre, um die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen.

2. Aufnahmebedingungen

Hier sind die Zugangsvoraussetzungen für die jeweilige Schulform darzustellen.

3. Rahmenstundentafel

Hier sollte die Stundentafel nach Jahrgangsstufen geordnet aufgelistet werden. Bei eingeführtem Kurssystem sollten die Anzahl der verbindlichen und der wahlfreien Leistungs- und Grundkurse genannt sein.

4. Reifeprüfungs-(Abiturprüfungs-)ordnung

Hier sollten die Bestimmungen für die Zulassung und das Bestehen der Abiturprüfung geschildert werden.

5. Berechtigung der Abiturzeugnisse

Hier ist darzustellen, ob das Reifezeugnis einen allgemeinen oder einen fachgebundenen Hochschulzugang ermöglicht.

6. Lehrkräfte

Hier ist anzugeben, welche Lehrer in welchen Fächern unterrichten (Philologen/Dipl.-Hdl./Fachlehrer etc.)

7. Pflichtstundenzahl

Hier ist die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung je Lehrerart anzugeben. Ferner sollten die Deputate zur Entlastung der Lehrkräfte und Funktionsstelleninhaber dargestellt werden.

8. Besoldung

Hier ist die Besoldungs-/Vergütungsgruppe der Lehrkräfte zu schildern und auf die Beförderungschancen (A14/A15) einzugehen.

9. Reformierte Oberstufe und "Reform der Reform"

Hier sind die neuesten Entwicklungen bzgl. der neugestalteten gymnasialen Oberstufe zu schildern, wie etwa Änderungen im Katalog der Leistungsfächer, neue Belegungsverpflichtungen, Änderungen bei der Berechnung der Gesamtqualifikation etc.

**Der Vorstand der Arbeits-
gemeinschaft bedankt
sich recht herzlich
bei seinem Mitglied,
Herrn OStD a.D.
Dipl.-Hdl. Lothar Surkau,
für die geleistete Arbeit
bei der Erstellung dieser
Chronik.**

**Frankfurt am Main,
den 15. September 1995**

Lfd. Nr.	Jahr	Tagungsorte	Teilneh.	Gastgeber (OStD/in)	Vorsitzender, Geschäftsstelle
1.	1954	Göttingen	39	Dr. Fennel	OStD Walter Klatt, Flensburg
2.	1955	Gießen	29	Hans Stein	
3.	1957	Göttingen	22	Dr. Fennel	
4.	1958	Frankfurt	24	Josef Jäger	
5.	1959	Darmstadt	36	Hanns Lang	
6.	1960	Heidelberg	41	Fr. Erdmann	
7.	1961	Wiesbaden	46	Joh. Krüger	
8.	1963	Hamburg	43	Fr. Obrecht	
9.	1964	Mainz	52	G. Steglich	
10.	1965	Berlin	56	E. Manthei	
11.	1966	München	48	H. Motschenb.	
12.	1967	Stuttgart	58	R. Keßler	
13.	1968	Nürnberg	60	Dr. Pöhlau	
14.	1969	Fulda	52	P. Hehl	
15.	1970	Bad Homburg	58	F. Kehl	OStD Chr. Halstenberg, Hamburg
16.	1971	Königswinter	41	Dr. Simon-M.	
17.	1972	Kassel	67	K. Reichelt	
18.	1973	Singen	66	Dr. Herrmann	
19.	1974	Göttingen	66	A.-W. Raapke	
20.	1975	Hamburg	?	J. Mertens	
21.	1976	Münster	68	P. v. d. Heide	OStD H. Perczinski, Hamburg
22.	1977	Karlsruhe	56	V. Schmitt	
23.	1978	Mainz	53	Th. Hipleh	
24.	1979	Hannover	62	F.W. Schucht	OStD J. Zanzinger, Schwäbisch Hall
25.	1980	Schw.Gmünd	60	H. Bacher	
26.	1981	Osterode	60	H.W. Ehbrecht	OStD I. Surkau, Gießen
27.	1982	Limburg	54	J. Sommer	
28.	1983	Lübeck	58	G. Lempert	
29.	1984	Freudenstadt	58	W. Jarcke	OStD F.-W. Schucht, Hannover
30.	1985	Rinteln	65	W. Frohmann	
31.	1986	Trier	71	F. Christoffel	
32.	1987	Düren	60	F. Lechtenbörgel	OStD F. Lechternbörge, Düren
33.	1988	Flensburg	69	W. Krüger	
34.	1989	Fulda	80	G. Breitscheidel	
35.	1990	Friedrichshaf.	88	G. Prasser	OStD H.-D. Reichert, Schwetzigen
36.	1991	Bielefeld	79	Dr. Klippstein	
37.	1992	Augsburg	94	R. Beckert	
38.	1993	Mannheim	87	W.Wirth/H.Thier	
39.	1994	Emden/Leer	90	H. Boomgaarden E. Begemann	OStD P. Fischer, Frankfurt am Main
40.	1995	Gießen		K. Bonkowski	